



Petra Pau

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE.

Petra Pau, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Frau Angelika Garbaya
Rabenstraße 1
13347 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 710 95

☎ (030) 227 – 700 95

✉ petra.pau@bundestag.de

Wahlkreis

Henny-Porten-Str. 10-12
12627 Berlin

☎ (030) 99 28 93 80

☎ (030) 99 28 93 81

✉ petra.pau@wk.bundestag.de

Berlin, den 15. Mai 2006

Betreff: Aktion Volksabstimmung

Sehr geehrter Frau Garbaya,

als neu gewählte Bundestagsvizepräsidentin und als Fachfrau für BürgerInnenrechte und Demokratie unterstütze ich selbstverständlich die Aktion Volksabstimmung. Sie hat genau das zum Inhalt, wofür die LINKE. seit geraumer Zeit kämpft – mehr Demokratie auch auf Bundesebene. Um diese Forderung auch nach außen zu tragen bin ich selbst Mitglied in der Initiative Mehr Demokratie e.V..

Allerdings ist das Thema nicht neu. Immer wieder gab es Vorstöße für mehr direkte Demokratie durch Bürgerinitiativen und auch im Bundestag. Bisher wurden sie aber alle blockiert, insbesondere von der CDU/CSU und der SPD.

Leider fehlte bei diesem Vorhaben aber auch die parlamentarische Unterstützung durch die Grünen. Ich habe aufgehört zu zählen, wie oft sie in den letzten sieben Jahren auf Parteitagen Volksabstimmungen auf Bundesebene gefordert und beschlossen haben. Doch immer, wenn es im Bundestag ernst wurde, dann war davon nichts mehr zu spüren.

So kam es, dass sich in den vergangenen Jahren nur noch FDP und PDS im Bundestag für Volksabstimmungen auf Bundesebene ausgesprochen haben. Inzwischen gibt es jedoch sogar im Unions-Lager namhafte Befürworter einer Volksabstimmung. Die Chance scheint so groß wie selten.

Doch die Zeit drängt, auch angesichts der zunehmenden Parlaments-Verdrossenheit. Seit 1990, seit der Vereinigung, wurden bereits zwei historische Chancen verspielt, Volksabstimmungen ins Grundgesetz aufzunehmen. Die erste lag auf der Hand, als es darum ging, das provisorische Grundgesetz zu einer Verfassung zu erheben, die von der Bevölkerung angenommen wird. Die zweite gab es zuletzt, als es um die EU-Verfassung ging.

In nahezu jedem EU-Land kann die Bevölkerung direkt mitbestimmen, nur in Deutschland bleibt das Mitwirkungsrecht der Menschen auf der höchsten politischen Ebene fast ausschließlich auf Wahlen beschränkt. Spätestens hier wird also offensichtlich: In Sachen



Petra Pau

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE.

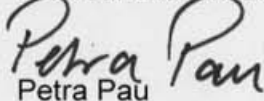
Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 15. Mai 2006

direkter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland ein EU-Entwicklungsland. Das muss sich endlich ändern.

Ich begrüße deshalb besonders, dass sich immer mehr Menschen in der Bevölkerung für mehr direkte Demokratie einsetzen. Der entstehende gesellschaftliche Druck kann ein Umdenken bei den bisherigen Gegnern direkter Demokratie auf Bundesebene bewirken. Zumal sich der Sinn für den Verzicht auf solche Möglichkeiten in unserer Verfassung – falls in ihn überhaupt jemals gab – sowieso spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges erledigt hatte.

Die Menschen dürfen nicht weiter von wichtigen gesellschaftlichen und politischen Prozessen ausgeschlossen bleiben. Es ist also an der Zeit neue Wege zu gehen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für einen modernen Staat und eine moderne Demokratie streiten. Volksabstimmungen auf Bundesebene wären ein mutmachender Anfang.

Mit freundlichen Grüßen


Petra Pau

Über meine parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten können Sie sich unter www.petra-pau.de tagesaktuell informieren und bei Bedarf unter Treffpunkt einen Newsletter bestellen.

Aktuelle Informationen der Fraktion DIE LINKE. sind unter www.linksfraktion.de abrufbar.